



LAURENT SCHLEY

Der 39jährige Biologe wehrt sich seit Jahren gegen „die riesige Lüge über einen Schöpfergott, der die Schäfchen bei der Stange hält“, gegen das System der Indoktrination von Kindern, den Einfluss der Kirche auf Medien und Politik oder das Ausbremsen der Wissenschaft durch Glaubensgemeinschaften. Mit Gleichgesinnten gründete er im Mai 2010 die „Allianz vun Humanisten, Atheisten an Agnostiker Lëtzebuerg asbl“.

Obleich, unserer Überzeugung nach, Religionen in einer modernen und fortschrittlichen Gesellschaft als Leitkultur keine Zukunft haben sollten, sind wir der tiefen Überzeugung, dass gemäß des Prinzips der Geistesfreiheit jeder Mensch glauben darf, was er für richtig hält. Aus diesem Grund setzen wir uns für einen laizistischen Staat ein, der nicht nur Religionsfreiheit, sondern auch Freiheit von Religion anerkennt und schützt. Wie es unsere Verfassung vorsieht, sollte niemand gezwungen werden, eine bestimmte Weltanschauung zu unterstützen, auch nicht finanziell.

AHA fordert daher die strikte finanzielle Trennung von Staat und weltanschaulichen Organisationen. Alternativen Kompromissmodellen wollen wir uns aber nicht komplett verschließen, insofern folgende Kriterien berücksichtigt werden:

1. Proportionalität

Die Finanzierung von Religionen und anderen nicht-religiösen Weltanschauungen muss in jedem Fall proportional zur gesellschaftlichen Realität weltanschaulicher Überzeugungen erfolgen.

2. Selbstbestimmung

Jeder Bürger muss selbst frei entscheiden können, ob er/sie eine Weltanschauungsgemeinschaft mitfinanzieren will oder nicht, so dass der Staat auch dann endlich die Verfassung respektieren würde, die ja im Artikel 20 besagt: „Nul ne peut être contraint de concourir d'une manière quelconque aux actes et aux cérémonies d'un culte“.

3. Gesellschaftlicher Zusammenschluss

Ein Konventionssystem, in der Religionsgemeinschaften vom Staat finanziert werden, begünstigt die staatlich geförderte „religiöse Aufrüstung“, sowie eine gesellschaftliche Segregation. AHA ist der Meinung, dass es in unserer modernen und pluralistischen Gesellschaft stattdessen Zeit ist für eine religiöse Abrüstung. Gerade in Krisenzeiten müsste (auch) in diesem Bereich gespart werden.

4. Respekt der demokratischen Werte

Das aktuelle System entspricht nicht den demokratischen Werten unserer Gesellschaft. Wenn z.B. das Chancengleichheitsministerium der Regierung Kampagnen durchführt für die Gleichberechtigung von Mann und Frau, so kann nicht dieselbe Regierung Weltanschauungsgemeinschaften finanzieren, welche Frauen und Homosexuelle aktiv diskriminieren.

5. Transparenz

Jede von Steuergeldern finanzierte Organisation müsste alle seine Finanzen in aller Transparenz offenlegen, sowie nach demokratischen Prinzipien geführt werden (z.B. mit einem von den Mitgliedern gewählten Vorstand). Aktuell entspricht keine der in Luxemburg anwesenden Religionsgemeinschaften diesen Kriterien.

Bislang hat das Kultusministerium allerdings noch kein Modell vorgelegt, das diesen Kriterien gerecht wird. Wir hoffen, dass es aufgrund des Expertenberichts über die Beziehungen zwischen Staat und Weltanschaulichen Gemeinschaften zu einer tiefgreifenden Diskussion über Finanzierungsmodelle kommt. Auch nicht-religiöse Weltanschauungen müssen berücksichtigt werden.

„Das aktuelle System entspricht nicht den demokratischen Werten unserer Gesellschaft“